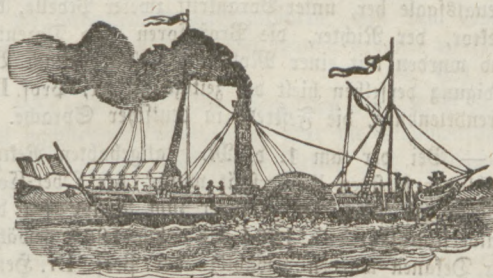


# Danziger Dampfboot.

N<sup>o</sup>. 182.

Sonnabend, den 6. August.



1864.

35ter Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Vortheilengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Diebstige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Kettenper's Centr.-Büro. u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Jäger & Fort. H. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Bureau. In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Haafenstein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

München, Freitag, 5. August. Die „Bairische Zeitung“ schreibt: Die Exekution in Holstein ist jetzt wohl zwecklos. Es muß etwas anderes an die Stelle treten, nur nicht das, was die Kreuzzeitung meint, die Auslieferung Holstein's an die Großmächte, sondern die Sequestration des Landes durch den deutschen Bund bis zur Entscheidung der schleswig-holsteinischen Erbfolge-Frage.

Hamburg, Freitag 5. August. 3. d. hier eingetroffene „Berlingske Tidende“ vom 3. d. veröffentlicht in ihrer französischen Revue die Aufforderung Blum's vom 12. v. M. an den Herrn v. Bismarck und den Grafen v. Rechberg zu direkten Friedensunterhandlungen, die entgegenkommene Antwort des Herrn v. Bismarck vom 15. und die des Grafen Rechberg vom 16., welche gleichfalls entgegenkommend lautet, jedoch die ausdrückliche Bedingung stellt, daß der König von Dänemark sich bereit erkläre, auf den Besitz der drei Herzogthümer südlich der Königsau, einschließlich der Enclaven zu Gunsten der Allirten zu verzichten und die einschläglichen Dispositionen der Allirten über die Herzogthümer anzuerkennen.

Kopenhagen, Donnerstag 4. August. Das Folkething hat in seiner gestrigen Sitzung den von 35 Mitgliedern (darunter Hall und Vile) gestellten Antrag angenommen, daß aus dem dem Reichsrathe auferlegten Schweigen bei der Mittheilung der eingeleiteten Friedensunterhandlungen keine Billigung des Vorgehens der Regierung von Seiten des Folkethings gefolgert werden könne.

Paris, Freitag 5. August. Der heutige „Abend-Moniteur“ meldet: Der König Leopold von Belgien ist gestern Abend in Paris eingetroffen und hat im Hotel Bristol sein Absteigequartier genommen. Der König wird fünf Tage in Paris verweilen.

Warschau, Freitag 5. August. Heute früh sind der Chef der Nationalregierung Traugott, sowie die Abtheilungschefs Krajewski, Torgoski, Zulinski und Jezioranski auf dem Glacis der Citadelle mittelst des Stranges hingerichtet worden. Eilf Beamte der Nationalregierung sind theils zur Zwangsarbeit, theils zur Festungsstrafe in Sibirien begnadigt worden.

## Constitutionalismus.

II.

Um das constitutionelle System der drohenden Reaction gegenüber zu retten, ist eine vollständige Auflösung und Zerlegung der bisherigen Parteien in altliberale, konservative Partei und wie sie alle heißen, sie sollen wenn möglich nicht nur dem Namen, sondern auch dem Dinge nach aufhören. Bei jeder Maßregel der Regierung, bei jedem Gesetzentwurf, der von (gleichviel welchem) Ministerium oder von der Kammer eingebracht wird, muß der Einzelne sich in Zukunft fragen: Ist diese Maßregel, ist dieser Gesetzentwurf dem Staate förderlich und nothwendig? und nur die Möglichkeit oder die Schädlichkeit der Sache selbst soll darüber entscheiden, ob sie von der Mehrheit des Volkes zu unterstützen oder zu bekämpfen ist. Wir wollen damit nicht gesagt haben, daß von jetzt an sich Menschen nicht mehr zu bestimmten politischen Zwecken zusammen thun sollen. Im Gegentheil, wenn im Wege der Association läßt sich mehr erreichen, als der Einzelne vermag. Zu allen nur möglichen

politischen Zwecken, zur Durchführung des Freihandelsystems, der Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit, zur Erlangung einer bessern Gemeindeordnung, mehr ausgebreiteten Selbstregiments etc. mögen sich die Leute vereinigen und gemeinschaftlich agitiren. Das können sie auch thun, ohne deshalb eine politische Partei zu bilden und in die egoistischen Fehler zu verfallen, denen keine politische Partei früher oder später entgeht. Ein Gräuel sind uns die beliebten Stichworte „wohlorganisirte Partei“ und „Solidarität der Parteigenossen“. Nichts verdummt so sehr ein Volk, wie wohlorganisirte Parteien, in welchen das Denken den Führern überlassen wird und die willig folgende Heerde nur nachhetzt, was man für gut hält ihr vorzupredigen; wohlorganisirte Partei schließt gewöhnlich die größte Tyrannei in sich und zwar auf demjenigen Gebiete, auf welchem der Mensch am freisten sein soll, nämlich dem des Denkens. — „Solidarität der Parteigenossen“ bedeutet oft nichts weiter, als daß die Parteigenossen für die Dummheiten solidarisch mit haften, welche von den Führern begangen werden.

Wenn bei uns in Preußen eine Partei durchaus nöthig ist und vorherrschen muß, so nenne sie sich „Altpreussische Partei“. Ihr erstes Bestreben gehe dahin, dasjenige was in unserm constitutionellen Wesen und in unserer Verfassung fremdländisch ist und nicht zu Altpreussischem Wesen paßt, auszumerzen oder eine Vermittelung anzubahnen. Sie verfolge nach Innen und Außen echt preussische Zwecke. Nach Innen mit der Tendenz, welche die Stein'sche Gesetzgebung anstrebt. Jeder Einzelne, gleichviel welchen Standes, soll vor allen Dingen sich so frei bewegen können, wie es sein Verhältniß zu den Mitbürgern und der Gesamtheit des Volkes irgend zuläßt. Unsere Liberalen legen zu wenig Gewicht auf die persönliche Freiheit. Ob die Kammermitglieder der Krone gegenüber etwas mehr oder weniger Rechte haben, darauf kommt es viel weniger an, als darauf, daß der einzelne Bürger das größte zulässliche Maß von Freiheit genießt. Dadurch daß der Kammer große Rechte eingeräumt werden, wird ein Volk noch nicht frei; die Freiheit muß alle Schichten des Volkes in der Art durchdringen, daß sich jeder Bürger seiner persönlichen Rechte bewußt ist. Erst, wenn Solches der Fall ist, wird der Einzelne, indem er stolz auf sein eigenes Recht ist, auch darüber eifersüchtig wachen, daß nicht die Rechte der Krone oder die Rechte seiner Abgeordneten von irgend einer Seite her gekürzt werden.

Diese wahre Freiheit kann bei uns nur von unten kommen, sie muß ihren Sitz in den Massen haben, besonders aber die Bureaucratie erwärmen, so daß auch letztere den Ausfluß des Volkswillens, welcher sich in dem Abgeordnetenhanse kund giebt, achten lernt.

Das Abgeordnetenhaus darf aber, wenn es von Krone und Volk respektirt werden soll, nicht aus Kreisrichtern oder Landräthen zusammengesetzt sein, sondern es müssen Leute hinein, welche gewissermaßen mit der vaterländischen Erde verwachsen sind, so daß jeder politische Pulschlag, der das Vaterland durchbebt, auch in ihnen vibriert und ihre innersten Interessen berührt. Gerade Preußen zeichnet sich durch einen intelligenten und ehrenwerthen Beamtenstand aus; trotzdem ist es nicht möglich, daß der Beamte dasselbe Gefühl der Mitleidenschaft bei allen politischen Aktionen haben kann, wie z. B. der Handeltreibende oder vor allen Dingen der Landmann. In dieser

Beziehung mögen wir uns England zum Vorbilde nehmen. Dort darf außer den Ministern Niemand zum Parlamentsmitgliede gewählt werden, der mit der Regierung in irgend welcher directer Verbindung steht oder gar von ihr abhängig ist. Das geht so weit, daß wenn ein Mitglied des Unterhauses eine Lieferung für das Gouvernement übernimmt, es ausscheiden muß. Daß bei uns so viele Beamte in der Kammer sind, führt zu den größten Anomalien.

Es ist ein Uebling, daß der Kreisrichter, der im Dienste und gewöhnlichen Leben dem Minister mit der größten Ehrerbietung entgegenkommt, ihm in der Kammer die verbiten Grobheiten sagen darf. Die Disciplin wird dadurch gelockert, die beim Beamtenstande, wenigstens in anderer Weise, ebenso nothwendig ist, wie beim Militair.

Zum Abgeordneten eignet sich vornehmlich der begüterte Landmann, er hat den freisten Blick, sein Stand führt ihn mit den verschiedensten Klassen der Gesellschaft zusammen, er wird von verschiedenartigen Interessen berührt. Nächstdem der Rentier, der Fabrikant, der Kaufmann, der gebildete Handwerker, am Wenigsten der Beamte und gar nicht der Professor, wie die Praxis lehrt.

Das Votum einer aus solchen unabhängigen Elementen gebildeten Kammer wird eine vernünftige Regierung nie ignoriren. Wir wollen nicht hören, daß solche Privatmänner, die Muße und Lust haben, ihre Arbeitskraft und Zeit dem Vaterlande zum Opfer zu bringen, bei uns nicht existiren. Es wäre das ein Armuthszeugniß für unsern Staat, welches gerechte Bedenken gegen die politische Reife des Volkes hervorrufen müßte. — b —

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, 5. August.

Der „Votschaster“ schreibt über den Inhalt der Friedenspräliminarien:

„Wir erfahren über die territorialen Stipulationen Folgendes: Abgetreten sind alle jütischen Enklaven, mit Ausnahme von Ripen oder Ribe. Die abgetretenen Enklaven sind: Mögel-Löndern, die bedeutendste Enklave zwischen Hoyer und Løndern, mit den nach Norden hinreichenden Distrikten; die jütischen Theile der Nordseeinseln: Römö, Sylt, Föhr und Amrum. Das Amt Ripen, welches im nordwestlichen Winkel Schleswigs liegt, fällt mit den zur Grenzrectifikation unumgänglich nöthigen Distrikten Schleswigs an Dänemark, wobei jedoch die Grenzrectifikation nach Nordosten zu im deutschen Interesse vollzogen wird, d. h. der Flächeninhalt der bei Dänemark verbleibenden schleswigschen Insel Arrö wird bei der Grenzregulirung derart in Anrechnung gebracht, daß Dänemark um beiläufig eben so viel Meilen weniger von schleswigschen Gebietsstücken erhält.“

Wichtiger als die nordschleswigschen Distrikte sind unstreitig die abgetretenen Nordseeinseln, nicht bloß wegen ihrer kerndeutschen friesischen Bevölkerung, sondern noch mehr wegen ihrer Lage in der Nordsee, dieser Einbuchtung des großen Weltmeeres, welche der künftigen deutschen Flotte den Weg in dieses eröffnet. Treffend hat sich ein österreichischer Minister, der den unmittelbaren Antheil an den Friedensverhandlungen genommen hat, über die Abtretung der Nordseeinseln geäußert: „Man werde doch nun einmal wissen, warum die Franzosen le mer germanique nennen.“

Über die Kriegskostenfrage ist in den Friedenspräliminarien ebenfalls eine Andeutung in dem Sinne enthalten, daß sie keineswegs Dänemark zur Last fallen, sondern von den Herzogthümern zu tragen sind. Ueber das Wie? scheint keine Bestimmung enthalten und das Weitere eben den deutschen Großmächten überlassen zu sein. Nachdem Dänemark nicht bloß Schleswig und Holstein in größter Vollständigkeit, sondern auch Lauenburg abgetreten hat, so ist es ziemlich nahe liegend, daß es sich durch diese Abtretungen wenigstens von dem



Kriegskosten-Erfasse zu befreien suchte. Wie soll auch das kleine Dänemark die Kriegskosten zahlen; welchen Werth hätte denn eine derartige Stipulation?

Auch hören wir, daß in den Friedenspräliminarien eine Bestimmung aufgenommen ist, welcher zufolge der König von Dänemark allen Verfügungen zustimmt, welche die deutschen Großmächte bezüglich der abgetretenen Territorien treffen würden. Die Großmächte haben sich daher — Dänemark gegenüber — das unbedingte Dispositionsrecht bezüglich der Herzogthümer vorbehalten. Nach einem (im „Botschafter“ mitgetheilten) Artikel der „Wiener Abendpost“ erscheint es wohl selbstverständlich, daß diese Stipulation nicht mit den Anschauungen des deutschen Bundes in Bezug auf die Erbfolgefrage kollidiren wird.

Zütländ bleibt bis zum Friedensschluß von den Truppen der deutschen Großmächte besetzt; die Kontributionen hören auf.

Der Waffenstillstand ist vom 15. September ab sechs wöchentlich kündbar, so daß derselbe fortbauert, so lange keine Kündigung erfolgt. Die dreimonatliche Frist ist daher eine Minimalfrist, welche sich stillschweigend verlängert, so lange von keiner Seite gekündigt wird.

In der nächsten Woche beginnen bereits in Wien die eigentlichen Friedensverhandlungen, und man hofft, daß der Friede noch vor Ablauf des Waffenstillstandes termines abgeschlossen werden wird.

Der „St.-Anz.“ schreibt: „Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch einer Veröffentlichung authentischer Mittheilungen über die Konferenz-Verhandlungen in Wien ausgesprochen worden. Da indessen darauf bezügliche Publicationen nur nach Verständigung mit den übrigen theilnehmenden Regierungen erfolgen können, so ist die Veröffentlichung der betreffenden Vereinbarungen noch nicht zulässig gewesen.“

Wie man hier erzählt, wird zufolge des zu Stande gekommenen Waffenstillstandes in allernächster Zeit eine nicht unerhebliche Reduction der allirten Armee vorgenommen werden. Es sollen österreichische und preussische Mannschaften zum Theil entlassen werden, zum Theil längeren Urlaub erhalten, der eventuell bis zum October hin ausgedehnt werden könnte. Zu dieser Maßnahme dürften die Befehlshaber der Armee um so mehr sich verstehen können, als vor Ende October die Armee in keinem Falle in Activität zu treten hat. Auch ist der Abschluß des Friedens mit ziemlicher Sicherheit schon vor dem Ablauf des Waffenstillstandes zu erwarten.

Die „Kreuzzeitung“ sagt: Nach der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien muß in Betreff der Exekution in Holstein eine entscheidende Wendung eintreten, da der Zweck einer ferneren Aufrechterhaltung der Exekution nicht mehr vorhanden ist; daher hat man gemeinsamen Erklärungen Oesterreichs und Preußens am Bunde entgegen zu sehen.

Herr v. Bismarck ist mit dem Resultat seiner Thätigkeit in Wien, wie seine hiesigen Anhänger versichern, äußerst zufrieden. Daß diese Thätigkeit sich weiter erstreckte, als auf das Zusammengehen der Großmächte in dem Streit mit Dänemark, scheint mehr als Gerücht zu sein. Es heißt, der preussische Premier habe den Herren Rechberg und Schmerling ein deutsches Programm vorgeschlagen, welches allen großartigen äußeren Apparat verschmähend lediglich die Politik der Nützlichkeit zwecke, wie sie der Augenblick an die Hand giebt, im Auge hat und eine Art von Abkühlung mittelstaatlicher Heißsporne beabsichtige. Ein österreichischer Ministerrath soll sich mit den Vorschlägen beschäftigt und sie acceptirt haben. Eher als man es erwartet, wird nun die Erbfolgefrage auf die Tagesordnung gelangen.

Am 30. v. M. gerieth, wie die „N. Pr. Z.“ berichtet, ein Soldat in der Havel (Schwimm-Anstalt des 1. Garde-Regiments bei Potsdam) in Lebensgefahr: er sank unter, verwickelte sich in das Wasserkraut und blieb unter Wasser. Se. k. Hoheit der Kronprinz, welcher ebendasselbst zu baden pflegt, sah gerade im Bademantel auf dem Gerüst der Anstalt. Kaum bemerkte er die Gefahr, als er flugs den Mantel abwarf, sich in's Wasser stürzte, pfeilschnell nach der ziemlich entfernten Stelle hinschwamm und den verunglückten Soldaten an den Haaren herauszog. Die hinzugerufenen Schwimmmeister unterstützten den Prinzen bei der Weiterbringung des geretteten Mannes, welcher schon sieben Minuten unter Wasser gewesen war.

Se. kgl. Hoh. der Prinz-Admiral Adalbert kehrt in den nächsten Tagen von Swinemünde nach Berlin zurück und gedenkt alsdann noch eine Bade-reise anzutreten.

Nachrichten aus Schlangenbad zufolge ist der dort verweilende Präsident David Hansemann gestern Nachmittag daselbst verstorben.

Wie die „Zbl. Corr.“ hört, ist der Oberbürgermeister Grabow in Prenzlau an der Lungenverhärtung nicht unerheblich erkrankt.

In dankbarer Erinnerung an ihren verewigten königlichen Stifter, Friedrich Wilhelm III., beging die hiesige Universität hergebrachtermaßen den Jahrestag

der Geburt dieses Königs durch eine Rebefeier im großen Hörsaal. Als Ehrengäste wohnten der Feier unter Anderen bei: der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Dr. v. Mähler, der General der Infanterie a. D. v. Schlichting, der Stadtkommandant, Generalleutnant v. Alvensleben, der Unterstaatssekretair Dr. Lehner, der Wirkliche Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Johannes Schulze, der Bischof Dr. Meander, der General-Superintendent Dr. Hoffmann, der Bürgermeister Geh. Regierungsrath Hedemann und mehrere Räte des Unterrichtsministeriums. Bald nach 12 Uhr erschienen vom Senatssaal her, unter Vorantritt zweier Bedelle, der Rektor, der Richter, die Professoren und Dozenten und wurden mit einer Motette begrüßt. Nach Beendigung derselben hielt der zeitige Rektor, Prof. Dr. Trendelenburg, die Festrede in deutscher Sprache.

Bei der am 1. d. M. stattgehabten Rektorewahl der hiesigen Universität wurde der Ober-Consistorialrath Prof. Dr. Dörner zum Rektor für das Universitätsjahr von 1864 bis dahin 1865 gewählt. Zu Dekanen wurden gewählt: der Prof. Dr. Hengstenberg in der theologischen Fakultät, der Geh. Justiz-rath Prof. Dr. Rudorff in der juristischen Fakultät, der Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Reichert in der medizinischen Fakultät und der Prof. Dr. Braun in der philosophischen Fakultät. Bekanntlich unterliegt die Wahl des Rektors der königlichen Bestätigung, die Wahlen der Dekane der Bestätigung durch den Unterrichtsminister.

Im Hannoverschen Anzeiger standen mehrfach Artikel, in denen Preußen und seine Kriegführung gegen die perfiden Angriffe der hannoverschen Zeitungen in Schutz genommen wurden. Diese Artikel, sowie eine hier vor Kurzem erscheinende Brochüre, welche den Titel „Briefe aus dem Welfenlande“ führen, sind von einem hannoverschen Lieutenant, Namens Staats Ranne verfaßt, der aus dem Dienste seines Vaterlandes längst geschieden ist und sich seit geraumer Zeit in Berlin aufhält. In dem von ihm verfaßten Artikel hat das hannoversche Ministerium Beleidigungen von Beamten des dortigen Staats gefunden und deshalb die hiesige Polizei ersucht, den Lieutenant Staats Ranne zu verhaften, welcher Requisition auch auf Grund der zwischen den deutschen Bundesstaaten bestehenden Conventionen hat Folge gegeben werden müssen. Der Verhaftete behauptete nach seiner Einlieferung zur Stadtvoigtei, daß er krank sei und den Transport nach Hannover seines Gesundheitszustandes halber nicht aushalten könne, er ist deshalb auch vom Physikus untersucht, von diesem Arzt aber für gesund und transportfähig gehalten worden, so daß wahrscheinlich noch am gestrigen Tage seine Auslieferung an hannoversche Polizeibeamte, deren Ankunft hier erwartet wurde, erfolgt ist. Man ist hier im Allgemeinen nicht sehr erfreut darüber gewesen, daß man der hannoverschen Requisition hat Folge geben müssen, zumal hier Handlungen vorliegen, die in Preußen begangen, eine Haftnahme vor der Verurtheilung niemals herbeigeführt werden würden, ganz abgesehen davon, daß sie nur zur Vertheidigung Preußens vorgenommen worden sind.

Stettin. Die Direktion der pommerschen Mühlen-Affekuranz-Sozietät hier beabsichtigt, eine Affekuranz-Sozietät gegen Sturm-, Eisgang- und Erdbeschaden zu gründen. Die Anstalt soll nicht bloß Mühlenobjekte umfassen, sondern Gebäude aller Art und ins Leben treten, sobald eine Versicherungssumme von einer Million Thaler gezeichnet ist.

Hamburg, 3. August. Der kaiserlich-österreichische Feldmarschall-Lieutenant Prinz Wasa befindet sich gegenwärtig hier. Der Prinz ist bekanntlich der letzte Sprosse jener königlich schwedischen Dynastie Wasa, die mit der Entthronung des Königs Gustav (der sich später Obrist Gustavson nannte) schloß. Als Götterper hat der Prinz auch Ansprüche an den dänischen Thron, die er aber nur in so fern geltend machte, als er gegen den Londoner Tractat protestirte. In Schweden scheint die Dynastie Wasa übrigens seit der Regierung Karls XIV. Johann (Bernadotte) keine Anhänger mehr zu haben; wenigstens hat sie weder unter der Regierung Oskar's I., noch unter des jetzt regierenden Karls XV. irgend eine Spur von denselben gezeigt.

Bremerhaven, 3. August. Dem Vernehmen nach wird das österreichische Nordseegeschwader schon in den nächsten Tagen nach hier kommen und bis zum definitiven Friedensschluß hier und in Geestemünde verweilen. Ob auch das hannoversche Küstenschutzmilitär so lange hier verweilen wird, ist noch fraglich. Die Ankunft zweier preussischer, ebenfalls in Frankreich erbaute Kriegscorvetten wird hier täg-

lich erwartet. Zur Empfangnahme sind bereits mehrere preussische Marineoffiziere eingetroffen.

Flensburg, 2. August. Hier wurde gestern Nachmittag das Friedenstelegramm bekannt. Man sah überall frohe Gesichter, bemerkte jedoch keine laute Freude. Der ruhige „Nordländer“ wartet erst die offizielle Bekanntmachung ab. Der Südermarkt und die Angelburgerstraße nur flaggten reichlicher als sonst und am Brunnen gedachten Marktes wurde das große Banner mit dem Landeswappen aufgestellt. Abends im Sommertheater — unter der trefflichen Leitung des Director Witt aus Kiel — wurde nach der Vorstellung zur Feier des Tages ein Feuerwerk abgebrannt und die lustigen anwesenden Artilleristen ließen es sich nicht nehmen, in süßer Erinnerung an Däppler bei den aufsteigenden Raketen ihr gewohntes „Bombe“ zu rufen. — Für heute Abend jedoch als Ausdruck der Freude, allgemeine Illumination Flensburgs projectirt. Gefecken und trüben Blicken gehen die Dänen im Norden einher. Anfanglich wollten sie die Nachricht nicht glauben, bis endlich auch ihnen ein Extrablatt der in reducirtem Format erscheinenden dänischen, mit deutschen Lettern bedruckten „Flensburger Zeitung“ die Bestätigung holsteinisch Da unsere Dänen absolut nicht schleswig-holsteinisch werden wollen, so beabsichtigen sie in demonstrativer Wuth mit preussischen Fahnen zu flaggen. Im Uebrigen ist ihnen ein süßer Trost geblieben. Sie sprechen offen aus, daß ja auch Sardinien im Jahre 1849 einen schlechten Frieden machen mußte und dennoch 1859 seine Auferstehung feierte und ein großes Reich wurde. — Unsere Lazarethe sind ziemlich evacuiert. Ich glaube kaum, daß mit Ausnahme der Kranken und Verwundeten in den Johanniter-Hospitälern, in mehr als 300 inclusive der verwundeten Dänen, den militairischen Lazarethten derzeit sich befinden. Die auf Alsen Verwundeten sind zum größten Theil in dem Lazareth, zu welchem das Schloß in Glücksburg eingerichtet worden ist, untergebracht.

Leipzig. Bekanntlich wurde bei Gelegenheit der Octoberfeier im vorigen Jahr in einer Versammlung der dazu in Leipzig anwesenden Vertreter deutscher Städte die Begründung eines „Deutschen Städte-tags“, d. h. einer geregelten Vereinigung der deutschen Städte durch ihre gesetzlichen Organe, behufs Berathung und Förderung gemeinsamer Interessen, beschlossen. Die weiteren Einleitungen dazu legte man in die Hände einer Commission von Stadtreparatoren, mit deren Bildung man den Bürgermeister Leipzig, Dr. Koch, betraute. Als nächste Frucht dieser Vorbereitungen liegt jetzt der „Entwurf eines Statuts für den deutschen Städte-tag“ vor, dessen Zweck im § 1 dahin bestimmt wird: die Förderung der deutschen Städtegemeinden a) zur Förderung und Befestigung ihrer Selbstverwaltung, b) zur möglichststen Herbeiführung grundsätzlicher Uebereinstimmung in den deutschen Gemeindeverwaltungen, c) zur Einführung gemeinsamer Einrichtungen für gemeindliche Interessen zu veranlassen.

Frankfurt a. M., 4. Aug. In der heutigen Bundestagsitzung ist, wie verlautet, vom kaiserlichen Gesandten eine an die Bundesversammlung gerichtete Eingabe des Prinzen Friedrich von Hessen, präsumtiven Thronfolgers im Kurfürstenthum, überreicht worden, in welcher der Prinz, unter Bezug auf das Herzogthum Lauenburg, sowie auf die Grafschaft Platten u. s. w., erhebt. Bekanntlich haben öffentliche Blätter schon gemeldet, daß Prinz Friedrich zur Kurfürsten dieser Erbansprüche die Zustimmung des Kurfürsten von Hessen, als Chef seines Hauses, nachgesucht und erhalten habe. Die bezügliche Eingabe ist, dem Vernehmen nach, dem hollsteinischen Ausschuss überwiesen worden. Die Rendsburger Angelegenheit ist, so viel ich höre, heute nicht zu weiterer Erörterung gekommen. Die Ausschüsse, denen die in der letzten Sitzung hierüber abgegebenen Erklärungen überwiesen wurden, haben darüber noch keinen Vortrag erstattet; auch ist ein Antrag Baierns, von dem in dortigen Zeitungen in Bezug auf die Besetzung Rendsburgs die Rede gewesen, nicht eingebracht worden.

München, 31. Juli. Die Gerichte bezüglich des Ministerwechsels haben rasch Bescheid gegeben. Die nächste schon zum Druck gegebene Nummer des Regierungsblattes wird die Ernennung des Regierungspräsidenten v. Koch in Bayern zum Cultus- und die des Oberstaatsanwalts v. Bomhard zum Justizminister bringen. Herr v. Wölz kommt an die Stelle Koch's, Frhr. v. Mulzer wird Appellations-Gerichtspräsident für Niederbayern. — Der „Augsb. Abztg.“ wird geschrieben: Die Ursachen der Minister-Veränderung beschränken sich auf das Ressort der beiden Ministerien der Justiz und des Cultus. Sie dehnen sich somit nicht auf das Gesamtministerium



aus und werden daher vorläufig keine weiteren Folgen nach sich ziehen. Die beiden neuen Minister sind beauftragt, am Montag zur Uebnahme des Portefeuilles einzutreffen, mit denen sie betraut worden sind. Nach einem Gerücht soll der Austritt des Justizministers mit einer Meinungsverschiedenheit über die Zweckmäßigkeit der Landtags-Einberufung in Verbindung stehen.

Gestern wurde hier ein von sämtlichen Erzbischöfen und Bischöfen Bayerns gemeinsam an „Clerus und Volk“ erlassenes Hirten Schreiben veröffentlicht. Dasselbe beginnt mit der Gegenwart, „wo sich, wie brausende Wogen im Sturme des Meeres, die erschütterndsten Ereignisse überstürzen.“ Aufklärung, Bildung, Fortschritt seien die Lösungswörter der Zeit, „welche von dieser zu ihren verderblichen und oft gottlosen Zwecken gemißbraucht werden.“ Im weiteren Verlaufe verbreitet sich das Hirten Schreiben über die gottesleugnerische Presse, welche ihren Hauptvertreter in Renan gefunden, der das Unglaubliche wagte, unter allen Aposteln Judas Ischariath, den Verräther, mit Bevorzugung zu bezeichnen. Noch nie sei dem gesunden Menschenverstande in schamloser Weise Hohn gesprochen worden, als es von jenem Gottesleugner (Renan) versucht wurde. Schließlich wird zur Abbitte all der Verleumdung, welche dem göttlichen Erlöser der Unglaube in der Schrift Renans zuzufügen sich erlaubt, eine neunmüthige Andacht angeordnet.

### Kolales und Provinzielles.

Danzig, den 6. August.

Der Pyrotechniker Herr Behrend wird morgen sein vor Kurzem in dem Schützenhausgarten abgebranntes brillantes Feuerwerk wiederholen. Der große Erfolg, welchen Herr Behrend mit dem in Rede stehenden Feuerwerk erzielt hat, sichert dem, selbst im Feuer kunstfertigen Mann jedenfalls einen ganz außergewöhnlichen Zuspruch.

Herr von Othe graven, der für die nächste Winter-Saison als Ober-Regisseur bei dem hiesigen Stadt-Theater engagiert ist, giebt jetzt unter großem Beifall Gastrollen in Bromberg.

Herr Musik-Director Laade ist abermals verhindert, sein für Poppot angekündigtes Concert zu geben.

Eine Frau Tuschinski aus Ohra hatte sich gestern am ersten Dominikstage ganz besonders darauf gelegt, eine Auswahl von Spielzeug anzuschaffen, ohne eben ihren Geldbeutel anzugreifen. Ein großer Korb, der dabei seine Dienste. Mehrere Buben waren bereits besucht und bemaust, als endlich die Diebin ertrapt und arretirt wurde. Eine andere Frau stahl aus einer Bude auf dem Kohlenmarke 2 Paar Schuhe und wanderte ebenfalls ins Gefängniß.

Der überreichliche Genuß von Dominiksfreuden hat in der verflossenen Nacht 9 Arretirungen veranlaßt. Zwei junge Männer wurden aus einer Restauration in der Jopengasse wegen unanständigen Betragens an die Luft gesetzt und machten solch einen Lärm auf der Straße, daß Schutzleute sie arretirten mußten.

Ein Anderer wurde aus einem verdächtigen Hause in der Johannisgasse entfernt und hat, als er in seine Wohnung gebracht werden sollte, dabei so um sich geschlagen, gebissen und getrieffen, daß 4 Beamte nur mit größter Anstrengung ihn ins rathshausliche Gefängniß schaffen konnten. — Ein Fleischhacker gegen gestern spät Abends in Wuth mit offenem Messer Schutzleute zur Hilfe gerufen werden mußten, welche indeß den Ruchstörer nicht von der Stelle bringen konnten, sondern erst gebunden auf einen Wagen schafften mußten, um die Arretirung ausführen zu können. Andere wurden wegen Obdachlosigkeit verhaftet.

Man soll den Taschendieb entdeckt haben, dem es an zwei verschiedenen Tagen im Herrenbade zu Es soll ein jetzt außer Condition stehender Handlungscommiss sein, der bei dem Verkaufe des Hrn. B. entwendeten goldenen Trauringes ertrapt worden sein soll.

Graudenz, 5. August. Auf dem Kreistage am gestrigen Tage kam wiederholt die Kreis-Chauffee-Angelegenheit zur Verathung. Es wurde definitiv und einstimmig beschlossen, daß die zur Vollenbung der begonnenen Chauffeebauten von Graudenz 1868 ab zu tilgende Anleihe in fünfprozentigen Kreis-Obligations 4ter Emission im Betrage von 40.000 Thln. beschafft werden sollen. Nach dem Schluß des Kreistags hielt Herr Landrath Tichy die anwesenden Mitglieder noch zu einem andern Zweck jurid. In dieser weitem Versammlung sollen vor-

läufige Besprechungen über die Begründung „eines Vereins der versöhnlichen Verfassungsfreunde“ stattgefunden haben. Es wird uns mitgetheilt, daß dieser Verein sich die Aufgabe stellen soll, „der in Folge der errungenen glänzenden Erfolge zu Gunsten des Gouvernements neuerlich mehr und mehr hervortretenden Umstimmung Ausdruck zu geben und sie zu fördern, der zu starren und maßlosen Opposition der Fortschrittspartei nicht minder, als den der Verfassung feindlichen Bestrebungen der Reaction entgegen zu treten und durch die verhoffte möglichst weite Verzweigung des Vereins und die Rückwirkung der sich kundgebenden Stimmung auf die Abgeordneten es herbeizuführen, daß dem Gouvernement die Hand zur Versöhnung geboten werde.“ (G. G.)

Königsberg. Der Redaktion der „N. S. Z.“ geht nachstehende Mittheilung über die Glaubwürdigkeit der russischen Berichte in Betreff der sibirischen Pest zu:

Die Zeitungsnachrichten über die sogenannte „sibirische Pest“, welche in Rußland grassiren soll, scheinen das Publikum zu beunruhigen; wenigstens sind an mich mehrfach besorgte Anfragen gerichtet worden. Ich nehme daraus Veranlassung zu bemerken, daß die genannte Krankheit nichts weiter ist, als eine bekannte und unter dem Namen Pustula maligna beschriebene Form des Milzbrandes, welcher bei der höchst mangelhaften Handhabung der Medizinalpolizei in Rußland natürlich sowohl unter den Hausthieren größerer Verbreitung erlangt, als auch öfter auf Menschen übergeht. Bei uns wird bekanntlich das Verbot des Schlachtens und Ablederns milzkranker Thiere im Ganzen streng aufrecht erhalten und deshalb kommen Erkrankungen von Menschen nur ausnahmsweise vor. Uebrigens war in jenen Zeitungsberichten die Gefährlichkeit der Krankheit und die Schnelligkeit ihres Verlaufs handgreiflich übertrieben: Angaben, wie die, daß die Schafe binnen einigen Minuten, Kälbe binnen einer Stunde von der Seuche geöbdt werden, können nur auf Uebertreibung oder schlechter Beobachtung beruhen und auch beim Menschen pflegt nach den hiesigen Erfahrungen der Tod keineswegs unvermeidlich, sondern nur in der Minderzahl von Fällen zu erfolgen. — Hiernach ist also von einer neuen Seuche, welche auch unserer Provinz Gefahr drohen könnte, gar nicht die Rede. Das Publikum wolle aber an diesem Beispiel von neuem die Erfahrung machen, daß medicinischen Zeitungsnachrichten noch weniger als andern zu trauen ist! Dr. Möller.

Behlau, 3. August. Aus der Mitte der Stadtverordneten-Versammlung wurde der Rechtsanwalt Molbänke und Bürgermeister a. D. Behrend jüngst zu Mitgliedern der Stadt-Schul-Deputation gewählt. Die Regierung zu Königsberg hat diese Wahl nicht bestätigt, sondern zur Vollziehung einer Neuwahl aufgefordert. Diese ist jedoch von der Versammlung in ihrer Sitzung vom 27. Juli c. abgelehnt, weil sie mit Rücksicht auf §. 59. der Städteordnung dafür hält, daß es einer Befätigung der bereits vollzogenen Wahl durch die kgl. Regierung nicht bedarf.

\*) [Nachschrift.]

### Die berühmte Sängerin als Schul-Directrice.

Eine Reminiscenz von A. L. Lva.

(Fortsetzung.)

Mehr aber noch als die in ihrer Einfachheit den äußeren Sinn so wohlthuend berührende Zimmereinrichtung wirkte die Persönlichkeit derer, welchen hier in den Sonnenstrahlen des geistigen Lebens das schönste Familienglück blühte, auf die beiden Frauen der hohen Aristokratie. Die Frau Professor war bei ihren jungen Jahren die personifizierte jugendliche Anmuth; aber in ihren schönen Gesichtszügen stand zugleich der volle Ernst des Lebens und das Bewußtsein der strengen Mutterpflichten geschrieben. Dazu imponirte ihr sprachlicher Ausdruck durch Schärfe, Correctheit und Wohlklang. Professor Michelet, der Fränkisch-Germanischem Blut Entsprossene, wie ihn Bernhard von Wedell in seiner schwungvollen Ode besingt, zeigte bei der ganzen Lebhaftigkeit seines Temperaments die volle Würde eines deutschen Gelehrten, die um so mehr imponiren mußte, als sie unter allen feinen Formen des gesellschaftlichen Umgangs der höheren Stände hervortrat. — Die kleine Schule, welche der eigentliche Zweck des Besuchs war, producirt sich durch ein schnell improvisirtes kurzes Examen. Die große Lebendigkeit welche die munteren in Gesundheit blühenden Knaben mit der Schlagfertigkeit ihrer Antworten an den Tag legten, erregte die lebhafteste Theilnahme der Frau, welche von ihrer Jugend an Jahre hindurch Gegenstand der Bewunderung und des Enthusiasmus der Menge gewesen. Daß so lebensfrische, kräftige, von einem noch sehr jungen Lehrer unterrichtete Knaben, sagte sie, eine fast an Wildheit grenzende Lebendigkeit entwickelten, das

finde sie sehr natürlich, aber bewundernswerth sei es ihr, daß eine solche Lebendigkeit nicht überwalle und in Zügellosigkeit ausarte, sondern in den Gränzen der Ordnung und einer strengen Gesetzmäßigkeit bleibe. Das aber würde wohl einzig und allein das Verdienst der Frau Professor sein, die mit mütterlicher Liebe und Sorgfalt die kleine Schule überwachte.

Was jeder Student, der bei einem Philosophen Vorlesungen hört, wenn nicht eher, so doch am Schlusse eines Semesters mit nach Hause nehmen muß, und zwar nicht etwa nur auf dem Papier, sondern im Geist und im Herzen, das schloß die Frau Gesandtin begeisterungsvoll in ihr innerstes Herz. Sie hat vielleicht hierin manchen Studenten überstrahlt, das aber ist Nebensache.

Die Idee, welche die Gemalin des Königl. Sardinischen Gesandten in der häuslichen Umfriedung des deutschen Professors faßte, war die, daß sie wegen ihres jüngsten Sohnes, Luigi, eine kleine Schule gründen und Schul-Directrice werden wollte.

Der freundliche Leser hat sich jedenfalls schon gewundert, daß ich bis jetzt so viel von Herrn und Frau Michelet erzählt habe, ohne auf das eigentliche Thema: „die berühmte Sängerin als Schul-Directrice“ näher einzugehen. Der freundliche Leser wird indeß auch vollkommen überzeugt sein, daß Alles das von mir Erzählte nöthig ist, um ihm die von der Gräfin Rossi plötzlich gefaßten Idee nicht nur als möglich erscheinen zu lassen, sondern auch einigermaßen begreiflich zu machen.

(Fortsetzung und Schluß folgt.)

### Gerichtszeitung.

Berlin. Eine wichtige Entscheidung hat vor Kurzem das I. Obergericht gefällt. Das „Fr. u. Anz.-Bl.“ berichtet darüber folgendes: „Ein hiesiger Kleiderhändler G. klagte gegen einen Kaufmann W. eine Forderung von 2514 Thln. 18 Sgr. ein, und verband mit der Klage ein Arrestgesuch, in welchem von ihm die Verhaftung des W. beantragt wurde. Letzterer wurde auch zum Personalarrest gebracht, der Arrest wurde durch Erkenntniß justifizirt erachtet. Nachdem die Personalhaft ein Jahr gedauert, verlangte W. aus dem Arreste entlassen zu werden. Er ist mit diesem Antrage abgewiesen worden. Das Ober-Tribunal sagt in seinem Urtheil: „Der Zweck des Personal-Arrestes ist die Sicherstellung einer Forderung, welche der Gläubiger zu verlieren befürchtet, wenn dem Schuldner die freie Disposition über seine Person gelassen wird. Ist dieser Arrest einmal verfügt und verhängt und sodann für justifizirt erachtet, so muß er auch so lange fort dauern, als es sein Zweck erheischt. Erstreckt sich seine Dauer über ein Jahr hinaus, so ist, wenn nach dem Ablaufe dieses Jahres noch dieselben Verhältnisse fortbestehen, welche seine Verhängung nothwendig gemacht haben, dadurch seine Fortdauer von selbst bedingt, weil sonst sein Zweck ganz verfehlt und vereitelt sein würde. Die Rücksicht, daß seine Fortdauer über Jahresfrist hinaus eine zweck- und fruchtlose Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit des Schuldners enthalte, kann hiergegen gar nicht geltend gemacht werden, weil es an allem Anhalte fehlt, die ganze Maßregel aus dem Grunde, weil sie bereits ein Jahr gedauert, als eine erfolg- und nutzlose zu charakterisiren.“

### Bermischtes.

\*\*\* Paris, 2. August. Mit dem 1. August ist eine wichtige Reform in der Großen Oper durchgeführt worden; die Crinoline ist abgeschafft und soll so bald nicht wieder eingeführt werden. Man war es endlich müde geworden, die Valentine, die Rachel und die Schweizerinnen des Wilhelm Tell in Stahlreifen herumstolziren zu sehen.

\*\*\* London, 2. August. Aus Gibraltar ist die telegraphische Meldung eingetroffen, daß der des Mordes an der Mannschaft des Schiffes „Duse“ verdächtige Koch in Freiheit gesetzt worden ist. Die Vergiftung scheint durch Trichinen eines Schweines entstanden zu sein, welches in Valparaiso eingekauft worden war.

[Eingefandt.]

— Die ehrwürdige Rathsturm-Uhr hat gestern einige Stunden vor Einkünren des Dominiksmarktes endlich wieder ihren ehernen Mund zu Ruß und Frommen der umwohnenden Bewohner geöffnet. Wir wünschen, daß die sonst so schlagfertige, seit Wochen aber an gänzlicher Mundfaulheit leidende Zeitverkünderin nunmehr einer dauernden Gesundheit sich stets erfreuen möge. A-3.

### Bahnpreise zu Danzig am 6. August.

Weizen 123—130pfd. buat 60—67½ Sgr.  
127—133pfd. hellb. 67—73 Sgr. pr. 85pfd. 3. G.  
Roggen 120—128pfd. 38—40½ Sgr. pr. 81½pfd. 3. G.  
Erbsen weiße Koch- 48—50 Sgr.  
do. Futter- 45—47 Sgr.  
Gerste kleine 106—114pfd. 32—35 Sgr.  
große 112—118pfd. 33—37 Sgr.  
Hafer 70—80pfd. 24—27 Sgr.  
Rüben 100—104 Sgr. pr. 72pfd. 3. G.  
Raps 102—105½ Sgr. pr. 72pfd. 3. G.



August	5	4	337,53	+ 14,2	SW., frisch, bezogen.
"	6	8	336,22	14,1	West., do. wolfig.
		12	335,93	16,0	do. do. trübe.

	Rfl.	Pr.	Stb.
Pr. Freiwillige Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	102 $\frac{3}{4}$	—
Staats-Anleihe v. 1859	5	106 $\frac{1}{2}$	106 $\frac{1}{2}$
Staats-Anleihen v. 1854, 55, 57	4 $\frac{1}{2}$	102 $\frac{1}{2}$	101 $\frac{1}{2}$
do. v. 1859	4 $\frac{1}{2}$	102	101
do. v. 1856	4 $\frac{1}{2}$	102	101
do. v. 1864	4 $\frac{1}{2}$	102 $\frac{3}{4}$	101
do. v. 1850, 1852	4	97 $\frac{1}{4}$	96
do. v. 1853	4	97 $\frac{1}{4}$	96
do. v. 1862	4	—	96
Staats-Schuldscheine	3 $\frac{1}{2}$	91 $\frac{1}{2}$	90 $\frac{1}{2}$

		Fl.	Gr.	Sld.
Ostpreussische Pfandbriefe		3½	—	—
do.	do.	4	96½	96
Pommersche	do.	3½	89½	88¾
do.	do.	4	—	99¾
Possensche	do.	4	—	—
do.	do.	3½	—	—
do. neue	do.	4	97	96½
Westpreussische	do.	3½	85	84½
do.	do.	4	98¾	—
do.	do. neue	4	95¾	95½

Prämien - Anleihe v. 1855	3½	126
Danziger Privatbank	4	—
Königsberger Privatbank	4	99½
Pommersche Rentenbriefe	4	—
Posenische do.	4	98
Preussische do.	4½	138½
Preussische Bank-Antheil-Scheine	5	64
Oesterreich. Metalliques	5	71
do. National-Anleihe	4	81
do. Prämien-Anleihe		

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.